

Albinowski, Stanislaw

Article — Digitized Version

Wachstum und Stabilität in der Bundesrepublik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Albinowski, Stanislaw (1977) : Wachstum und Stabilität in der Bundesrepublik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 6, pp. 290-294

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135080>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wachstum und Stabilität in der Bundesrepublik

Stanislaw Albinowski, Warschau

Die beschäftigungs- und wachstumspolitische Diskussion ist in der Bundesrepublik aus naheliegenden Gründen voll im Gange. Sie beschäftigt aber auch das Ausland. Anknüpfend an einen im WIRTSCHAFTSDIENST erschienenen Artikel nimmt Stanislaw Albinowski aus Warschau – langjähriger Bonner Wirtschaftskorrespondent der Trybuna Ludu – zu den Ursachen des sinkenden Wachstumstrends und zur Frage der Wachstumsstabilität in der Bundesrepublik Stellung.

In seinem Artikel über die Konjunktorempfindlichkeit der bundesdeutschen Wirtschaft¹⁾ ist Sohn zu interessanten Schlußfolgerungen gelangt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob der Begriff „Konjunktorempfindlichkeit“ im Zusammenhang mit dem Wachstum des Bruttosozialprodukts (BSP) überhaupt anwendbar ist. Da die Konjunktur von der Wirtschaft selbst „produziert“ wird, würde dieser Begriff die Abhängigkeit von sich selbst bedeuten. Es handelt sich hierbei nicht um einen semantischen Streit, sondern vielmehr um die wichtige Frage nach der Stetigkeit des wirtschaftlichen Wachstums.

Unter der Voraussetzung der Konstanz anderer Faktoren läßt sich nämlich nachweisen, daß der Zuwachs des Volkseinkommens beim selben Mittelwert der jährlichen Zuwachsraten der globalen Produktion um so größer ist, je stetiger das Wachstum auf längerfristige Sicht ist. Dies hängt damit zusammen, daß es bei größeren Abweichungen im Wachstumstempo immer Perioden geben wird, in denen die Produktivkräfte entweder nicht voll genutzt oder zu sehr „strapaziert“ werden, was in beiden Fällen höhere Produktionskosten verursacht. In diesem Sinne kann man über Wachstumsstabilität sprechen, wobei dieser Begriff einen ganz anderen Inhalt hat als der naheliegende Begriff „Preisstabilität“. Als Maß für die Wachstumsstabilität kann die Standardabweichung

1) Vgl. Gerhard Sohn: Zur Konjunktorempfindlichkeit der deutschen Wirtschaft, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 57. Jg. (1977), H. 2, S. 72 ff.

vom Mittelwert der jährlichen BSP-Zuwachsraten berechnet werden. Die Wachstumsstabilität ist neben dem Wachstumstrend die wichtigste statistische Kennziffer für die wirtschaftliche Entwicklung eines jeden Landes. Von diesem Gesichtspunkt aus soll hier die Situation der bundesdeutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich betrachtet werden.

Die zweite Frage, die Sohn in dem oben erwähnten Artikel stellt, ist die nach den Ursachen des fallenden Wachstumstrends. Im Zusammenhang damit soll die Abhängigkeit des Wachstums in der Bundesrepublik von der Dynamik der Investitionen und des privaten Verbrauchs erörtert werden. Weiterhin stellt sich die Frage, warum die Wachstumsrate der Investitionen zurückgeht.

Statistische Vorbemerkungen

Betrachtet wird aus statistischen Gründen die Periode 1961–1976, obwohl das Jahr 1959, das erste Jahr des Aufschwungs nach der Stagnation des Jahres 1958, das m. E. die Aufbauphase nach dem Kriege beendete, als Ausgangsjahr angemessener wäre. Da aber das reale Wachstum untersucht wird, bereitet die Wahl des Basisjahres für den anzuwendenden Deflator Schwierigkeiten. Die bundesdeutsche Statistik geht weiterhin von dem Preisindex des Jahres 1962 aus, der mir ungeeignet erscheint. Schon Simon Kuznets wies darauf hin, daß das Wirtschaftswachstum grundsätzlich immer von der Gegenwart aus betrachtet werden sollte²⁾. Die UNO-Statistik rechnete bis 1973 in Preisen von 1963; die neuen Berechnungen auf Basis des Jahres 1970 sind aber – was die Ver-

2) Vgl. Simon Kuznets: Economic Growth of Nations, zit. nach der polnischen Ausgabe „Wzrost gospodarczy narodów“, Warschau 1976, S. 18.

Stanislaw Albinowski, 54, Dipl.-Volkswirt, ist als Wirtschaftskommentator der „Trybuna Ludu“ in Warschau tätig.

gangenheit betrifft – nicht vollständig. Die laufende OECD-Statistik weist entweder in laufenden Preisen oder in Preisen von 1970 aus, die aber in Dollar anhand der Wechselkurse von 1970 ausgedrückt sind, was für die Periode nach 1971 eine weitgehende Verzerrung der tatsächlichen Werte bedeutet. Die Bedingung lautet: in festen und möglichst „neuen“ Preisen sowie in Landeswährungen zu rechnen. Am besten eignet sich dazu die EG-Statistik, die von Preisen des Jahres 1970 ausgeht, leider aber nur bis zum Jahre 1960 zurückreicht. Deshalb werden hier nicht die Jahre 1959 und 1960 mit einbezogen.

Tabelle 1
Parameterwerte ¹⁾ der Gleichungen der Wachstumstrends des Bruttoinlandsprodukts ($w_t = a + bt$) 1961–1973 und 1961–1976

	1961–1973			1961–1976		
	a	b	$w_t = 0$ im Jahre	a	b	$w_t = 0$ im Jahre
BRD	4,6	0,0	nie	5,59	-0,197	1990
Frankreich	5,7	-0,0149	2343	6,69	-0,207	1993
Italien	6,2	-0,1555	2001	6,79	-0,2715	1986
Großbritannien	2,69	0,0265	nie	3,62	-0,1526	1985
Belgien	4,56	0,0543	nie	5,63	-0,15	1999
Dänemark	5,32	-0,0854	2032	5,89	-0,2035	1990
EG	4,58	-0,0033	3348	5,49	-0,1826	1991
USA	4,67	-0,0633	2035	5,31	-0,2005	1988
Japan	11,56	-0,1396	2044	13,53	-0,5288	1987

¹⁾ Berechnet in Preisen von 1970. Die jährlichen Zuwachsraten wurden anhand der jeweiligen BIP-Werte in Landeswährungen berechnet. Für Holland fehlen die Daten für die Jahre 1960–1962. Quelle: Für 1960–1973: Eurostat; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1960–1973, 1–1974, Abschnitt II, Ländertabellen. Für 1974–1976: Die Wirtschaftsgrundlage der Gemeinschaft: Quartalsberichte der Kommission der EG, 1975, Nr. 4, 1976, Nr. 4.

Als weitere methodische Anmerkung sei darauf hingewiesen, daß der üblicherweise benutzte Streuungs-Koeffizient absolute Werte bezeichnet, die z. B. besagen, daß die Abweichung vom Mittelwert x Einheiten beträgt. Für die Gleichmäßigkeit des Wirtschaftswachstums ist aber nicht ohne Bedeutung, ob man eine Abweichung von dem Mittelwert von 2,5, 5 oder aber 8 % feststellt. Um den absoluten Wert zu relativieren, führe ich daher den Variabilitätskoeffizienten V ein, der die Streuung in Prozent des Mittelwertes ausdrückt ³⁾.

Sinkender Wachstumstrend

Der Wachstumstrend des Bruttosozialprodukts weist in der Bundesrepublik eine sinkende Tendenz auf. Extrapoliert man den Trend der Jahre 1951–1976, erreicht die Trendlinie danach die Null-Linie des Wachstums im Jahre 1982. Auf Basis der Jahre 1961–1976 würde der Null-Punkt allerdings erst im Jahre 1990 erreicht werden. Die Gleichung der Trendfunktion berechnet in Preisen von 1970 lautet in diesem Falle:

$$w_t = 5,59 - 0,197 t.$$

Wie ist dieses Ergebnis im Vergleich mit anderen Volkswirtschaften zu beurteilen? Die Frage scheint schon deswegen wichtig zu sein, weil – wie Sohn richtig feststellt – die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Probleme in der Bundesrepublik weniger konjunktureller als vielmehr wachstumspolitischer Natur sind. Tabelle 1 enthält die Parameterwerte der Gleichungen für die Wachstumstrends einiger wichtiger westlicher Industrieländer.

Die Ergebnisse sind überraschend, insbesondere hinsichtlich des Einflusses der letzten Krise auf die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Trendfunktion wurde auf Basis der Daten zweier Perioden berechnet: einmal für die Jahre 1961–1973 und zweitens für die Jahre 1961–1976. In der Zeit vor der Krise hatten fast alle erfaßten Länder günstige Perspektiven zu verzeichnen. Die Steigung der Trendlinie war entweder gleich Null (so für die Bundesrepublik, aber praktisch auch für Frankreich und die EG insgesamt) oder positiv (z. B. für Belgien und Großbritannien). Frankreich wäre danach erst im Jahre 2343 in ein Nullwachstum verfallen, die neun EG-Staaten insgesamt erst im Jahre 3348, also praktisch nie. Etwas düsterer sah die Situation für die USA und Japan aus, deren Trendlinien „schon“ um 2040 das Nullniveau erreicht hätten, sowie für Dänemark (2023) und Italien (2001).

Das Bild ändert sich aber grundlegend, wenn die Periode 1961–1976 berücksichtigt wird. Die Trendlinie weist dann eine deutlich sinkende Tendenz auf. Das Nullwachstum würde danach in den westlichen Industrieländern im großen und ganzen schon um 1990 erreicht werden. Die Vision des ersten Berichtes an den Club of Rome scheint sich damit in nicht allzu ferner Zukunft zu verwirklichen. Selbstverständlich wäre es falsch, den Trend zu fetischisieren. Andererseits verlangt aber

Tabelle 2
Wachstumstempo und -stabilität ¹⁾ des Bruttoinlandsprodukts 1961–1976

	A	s	V
BRD	3,91	2,8	71,6
Frankreich	4,92	1,67	38,0
Italien	4,49	2,69	59,9
Großbritannien	2,34	1,74	74,2
Belgien	4,36	2,04	46,9
Dänemark	4,16	2,57	61,7
EG	3,94	1,99	50,5
USA	3,6	2,86	79,4
Japan	9,04	4,50	49,8

³⁾ Vgl. Aleksander Weryha: Zasady statystyki, Czesc I, Warszawa 1950, S. 93.

¹⁾ A: Mittelwert; s: Standardabweichung des Mittelwertes; V: Variabilitätskoeffizient (s/A) in %. – Quelle: Vgl. Tabelle 1.

eine Umkehrung des Trends „nach oben“ das Einsetzen neuer Antriebskräfte, die heute noch nicht zu sehen sind.

Geringe Wachstumsstabilität

Der zweite Punkt meiner Ausführungen betrifft die Wachstumsstabilität. Die absoluten Abweichungen der jährlichen Zuwachsraten des BIP von ihrem Mittelwert waren in den Jahren 1961–1976 innerhalb der EG in der Bundesrepublik am größten. In den USA waren sie etwa gleich groß, jedoch erheblich niedriger als in Japan. Wie Tabelle 2 zu entnehmen ist, betrug die Standardabweichung für die Bundesrepublik 2,8, für die EG der Neun insgesamt 1,99, für die USA 2,86 und für Japan 4,5. Wenn man aber die Werte relativiert (Variabilitätskoeffizient), gelangt man zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik auf dem drittschlechtesten Platz zu finden ist und nur von Großbritannien und den USA übertroffen wird. Japan dagegen liegt an diesem Koeffizienten gemessen sogar etwas unter dem Durchschnitt der neun EG-Staaten insgesamt.

Hinsichtlich der Wachstumsstabilität ist also die Bundesrepublik ähnlich wie beim Wachstumstempo kein „Musterbeispiel“, da viele OECD-Länder weit bessere Ergebnisse erzielten. Anders ist die Situation hinsichtlich der Preisstabilität (vgl. Tabelle 3). Hier erzielte die Bundesrepublik die zweitniedrigste Steigerungsrate und die geringsten absoluten Abweichungen. Auch bei Relativierung dieser Werte liegt die Bundesrepublik hinter Dänemark an zweiter Stelle, dicht gefolgt von Frankreich. Die schlechtesten Ergebnisse weisen in dieser Hinsicht Italien und Großbritannien auf.

Tabelle 3
BIP-Preise: Wachstumstempo und -stabilität ¹⁾
1961–1976

	A	s	V
BRD	4,57	1,96	43,0
Frankreich	6,16	3,12	50,7
Italien	7,5	5,23	69,7
Großbritannien	7,75	6,44	83,0
Belgien	5,53	3,33	60,1
Dänemark	7,33	2,51	34,2
EG	6,03	2,95	48,9
USA	4,09	2,62	64
Japan	6,5	4,2	64,6

¹⁾ Bezeichnungen wie in Tabelle 2. – Quelle: Vgl. Tabelle 1.

Vor dem Hintergrund dieser Daten stellt sich die Frage, wo die Ursache dieser Diskrepanzen im Falle der Bundesrepublik liegt. Warum erzielt sie gute Ergebnisse hinsichtlich der Preisstabilität und fast die schlechtesten Resultate hinsichtlich der Wachstumsstabilität, wobei sie zudem eine der niedrigsten BIP-Wachstumsraten aufzuweisen hat?

Die Korrelation zwischen dem Wirtschaftswachstum (abhängige Variable y) und den Investitionen (unabhängige Variable x) ist sehr groß. In der Bundesrepublik wies der Korrelationskoeffizient r_{yx} folgende Werte auf für

1961–1976	+ 0,863
1964–1967	+ 0,975
1968–1971	+ 0,836
1972–1975	+ 0,646

Diese Ergebnisse bestätigen nur die unbestrittene Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums von der Dynamik der Investitionstätigkeit. Hingewiesen werden muß jedoch auf die sinkende Tendenz dieser Abhängigkeit, besonders im letzten Konjunkturzyklus 1972–1975. Sie ist m.E. damit zu erklären, daß die bundesdeutsche Wirtschaft „überinvestiert“ ist, obwohl hinsichtlich der Lage auf dem Arbeitsmarkt eine evidente Investitionslücke besteht. Auf jeden Fall war zumindest in letzter Zeit ein Wachstum des BIP zunehmend ohne neue Investitionen möglich geworden. In absoluten Zahlen sieht die Entwicklung wie folgt aus:

Zunahme in Mrd. DM

(in Preisen von 1970)

Periode	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoinvestitionen
1961–1976	356,5	75,2
1964–1967	73,2	10,6
1968–1971	142,9	53,9
1972–1975	42,0	– 15,7

Für die jetzige relative „Überinvestierung“ der bundesdeutschen Wirtschaft ist der Investitionsboom 1968–1971 „verantwortlich“. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Investitionen betrug damals 8,64 %, also doppelt soviel wie im Durchschnitt der Jahre 1961–1976. In dieser Periode insgesamt entsprach jeder investierten Mark eine Zunahme des BIP um 4,74 DM, in den Jahren 1964–1967 sogar eine von fast 7 DM, während es 1968–1971 nur 2,69 DM waren. Es wurde also für die Zukunft investiert, aber die Zukunft erbrachte keinen Einklang der Nachfrageseite mit den neu geschaffenen Produktionsmöglichkeiten.

Stabilisierung durch privaten Verbrauch

Ich hoffe, mich nicht dem Verdacht auszusetzen, die Bedeutung des Exports und anderer Faktoren zu unterschätzen, wenn ich feststelle, daß die wichtigste Nachfragekomponente der private Verbrauch ist, und zwar nicht nur in statischer Sicht (sein Anteil beträgt rd. 54 %, im Rezessionsjahr sogar 55,6 %, in jeweiligen Preisen), sondern auch in dynamischer Sicht: im Jahre 1975 nahm das BSP um 46,6 Mrd. DM zu, der Verbrauch dagegen

um 47,2 Mrd. DM⁴). Man kann daher sagen, daß der private Verbrauch die endogene, tragende und stabilisierende Antriebskraft der Konjunktur besonders in schwachen Jahren ist.

Tabelle 4
Wachstumstempo und -stabilität¹⁾ des Bruttoinlandsprodukts, der Investitionen und des privaten Verbrauchs in der BRD 1961–1976

	A	s	V
Bruttoinlandsprodukt			
1964–1967	3,63	2,69	74,1
1968–1971	5,88	1,71	29,1
1972–1975	1,52	3,21	211,2
1961–1976	3,91	2,8	71,6
Bruttoinvestitionen			
1964–1967	2,3	7,29	317
1968–1971	8,64	2,76	31,9
1972–1975	-2,05	4,34	212
1961–1976	3,59	6,1	170
Privater Verbrauch			
1964–1967	4,13	1,79	43,5
1968–1971	5,55	1,3	23,4
1972–1975	2,43	1,41	57,9
1961–1976	4,1	1,77	43,1

¹⁾ Bezeichnungen wie in Tabelle 2. – Quelle: Vgl. Tabelle 1.

Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, betrug in der Periode 1961–1976 die durchschnittliche Zuwachsrate des privaten Verbrauchs 4,1 %, die der Investitionen 3,59 % und die des BIP 3,91 %. Der stabilisierende Einfluß des privaten Verbrauchs wird deutlich, wenn die Abweichungen geprüft werden. Die absoluten Abweichungen betragen beim Verbrauch 1,77, den Investitionen 6,1 und beim BSP 2,8. Die relativen Unterschiede waren noch

Tabelle 5
Korrelation¹⁾ zwischen dem Wachstumstempo des BIP (y), der Investitionen (x) und des privaten Verbrauchs (z) in der Bundesrepublik

	r _{yx}	r _{yz}	r _{zy}	r _{xz}
1964–1967	0,975	0,902	0,907	0,807
1968–1971	0,836	0,326	0,528	0,655
1972–1975	0,646	0,314	0,313	0,747
1961–1976	0,863	0,695	0,691	0,872

¹⁾ r = Korrelationskoeffizient. – Quelle: Vgl. Tabelle 1.

größer; der Variabilitätskoeffizient war für den Verbrauch 43,1 %, für die Investitionen 170 % und das BSP 71,6 %. Während der einzelnen Konjunkturzyklen haben sich diese Werte unterschiedlich entwickelt, doch waren die Unterschiede zum Teil viel gravierender als im Durchschnitt 1961–1976. Gleichzeitig sollte betont werden, daß der private Verbrauch antizyklisch wirkt. Sein Wachstum wird zudem in immer geringerem Maße von Konjunktur-

⁴⁾ Berechnet nach DIW-Vierteljahreshette 1974, Nr. 4, 1976, Nr. 4, und 1977, Nr. 1.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSPOLITIK AN DER UNIVERSITÄT ZU KÖLN

**NEUERSCHEINUNGEN
UNTERSUCHUNGEN**

- 31 Josef Molsberger**
Zahlungsbilanzwirkungen allgemeiner Unternehmensgewinnsteuern
Köln 1977. 455 S. brosch. ISBN 3-921471-19-2.
DM 27,-
- 32 Ulrich van Lith**
Die wirtschaftspolitische Bedeutung des Holtschen Arbeitsmarktmodells und der Einfluß arbeitsrechtlicher Reformen auf den Zusammenhang zwischen Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung – dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland
Köln 1975. 260 S. brosch. ISBN 3-921471-20-6.
DM 17,-
- 33 Horst Werner**
Die Kontrolle internationaler Kapitalbewegungen
Köln 1976. 340 S. brosch. ISBN 3-921471-21-4.
DM 17,-
- 34 Reiner Baumeister**
Die Konzeption der Zukunftsgesellschaft bei Karl Marx, Friedrich Engels und bei neueren westeuropäischen Marxisten – eine ordnungspolitische Analyse
Köln 1976. 210 S. brosch. ISBN 3-921471-22-2.
DM 13,-
- 35 Liesel Quambusch**
Nicht-tarifäre Handelshemmnisse – Ein Beitrag zu ihrer Systematisierung, Anwendung und Beseitigung
Köln 1976. 383 S. brosch. ISBN 3-921471-23-0.
DM 18,-
- 36 Ulrich Schillert und Josef Molsberger**
Vermögenspolitik und Eigenkapitalversorgung mittelständischer Unternehmen
Köln 1976. 182 S. brosch. ISBN 3-921471-24-9.
DM 13,-
- 37 Robert Weitz**
Die Neuordnung der beruflichen Bildung und die Kosten der Berufsbildungsreform aus volkswirtschaftlicher Sicht
Köln 1976. 319 S. brosch. ISBN 3-921471-25-7.
DM 19,-
- 38 GOTTFRIED VON HABERLER**
Herausforderungen der Marktwirtschaft
Köln 1977. 40 S. brosch. ISBN 3-921471-26-5.
DM 9,-
- 39 Manfred Witte**
Probleme der Substanzerhaltung der Unternehmen bei Geldentwertung aus volkswirtschaftlicher Sicht.
Köln 1977. 373 S. brosch. ISBN 3-921471-27-3.
DM 24,-
- 40 Joachim Adey**
Kapitalakkumulation und Krise des Kapitalismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit einigen Versuchen zur Wiederbelebung der Marxschen Theorie der kapitalistischen Entwicklung
Köln 1977. 272 S. brosch. ISBN 3-921471-28-1.
DM 21,-

schwankungen abhängig, was seinen Ausdruck in den entsprechenden Korrelationskoeffizienten findet (vgl. Tabelle 5).

Kluft zwischen Theorie und Praxis

Umfang sowie Dynamik des privaten Verbrauchs werden weitgehend von der Höhe der Nettolohn- und Gehaltssumme bestimmt. Und hier scheiden sich die Geister, hier besteht eine Kluft zwischen Theorie und Praxis. Auf der einen Seite behauptet niemand, daß eine Sättigung des Verbrauchs zu beobachten ist⁵⁾. Eine Selbstverständlichkeit wäre somit der Schluß, man solle das Wachstum der Kaufkraft der Bevölkerung fördern, um dadurch eine solide und stabile Basis eines sich selbst tragenden Aufschwungs zu schaffen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müßte das Wachstumstempo des privaten Verbrauchs langfristig mindestens so hoch sein wie das Tempo des BSP-Wachstums – im Boom etwas niedriger, in der Rezession etwas über dem Niveau des Zyklusdurchschnitts.

Auf der anderen Seite wird aber der Lohnanstieg als Risikofaktor betrachtet – nicht nur hinsichtlich der Rentabilität der Investitionen, sondern auch wegen der Inflationsgefahr. Oft wird behauptet, der Verteilungskampf gefährde den Aufschwung, obwohl vielmehr die Feststellung richtiger wäre, daß langfristig gesehen eben der Sieg der Arbeitnehmerschaft in diesem Kampf den Aufschwung unterstützt. Wenn Gutowski schreibt: „Auf längere Sicht ist es nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig, daß sich die Verteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten der breiten Bevölkerungsschichten weiter verbessert“⁶⁾, ist dem voll zuzustimmen. Nach dieser Feststellung folgt jedoch das berühmte „aber“, das eine solche Entwicklung – jedenfalls in der nächsten Zukunft – unmöglich machen soll. Und eben hier ist die Kluft zwischen Theorie und Praxis.

Über eine Formulierung von Gutowski möchte ich kurz polemisieren, und zwar über den Ausdruck „weiter verbessern“. In Wirklichkeit ist die Nettolohnquote gesunken, und zwar von 45,7 % im Jahre 1972 auf 43,7 % 1975 und 41,5 % im Jahre

5) Dies unterstreicht Renate Merklein (Der stille Bürgerkrieg, in: Der Spiegel, Nr. 14/1977). Dasselbe meint wohl auch Fels, wenn er schreibt, „daß die Mehrheit der Beschäftigten nach Gütern strebt, die bisher nur für besser verdienende Schichten selbstverständlich sind“ (Gerhard Fels: Die Lehren aus der Wirtschaftskrise, in: Die Zeit vom 1. 4. 1977).

6) Armin Gutowski: Verteilungskampf gefährdet den Aufschwung, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 57. Jg. (1977), H. 2, S. 71.

7) Anteil der Nettolohn- und Gehaltssumme am Volkseinkommen. Berechnet nach Jahresgutachten 1976/77 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 7/5902, Tabelle 16, sowie: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1977, S. 18.

8) Hans-Jürgen Schmahl: Pessimismus ist nicht zwingend, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 57. Jg. (1977), H. 3, S. 120.

1976⁷⁾. Meiner Meinung nach ist eben dies eine der wichtigsten Ursachen der jetzigen Investitionsschwäche, da unbestritten ist, daß im Endeffekt nur das produziert wird, was verkauft werden kann. Der Grad der Abhängigkeit der Investitionszunahme vom Zuwachs des Verbrauchs ist größer als alle anderen Abhängigkeiten (vgl. Tabelle 5).

Innovationslücke

Der zweite Ursachenkomplex für die Investitionsschwäche umfaßt mehrere Faktoren und ist struktureller Natur. Die Sättigungsgrenze des globalen Verbrauchs wird wohl nie erreicht werden, doch vollzieht sich ein tiefgehender Veränderungsprozeß bei der Nachfragestruktur. Bei vielen „traditionellen“ Gütern ist die Grenze schon oder fast erreicht, und die Nachfrage beschränkt sich hier nur auf den Ersatzbedarf. Ich teile nicht die optimistische Ansicht von Schmahl: „Doch die Wirtschaft wird immer neue Güter anbieten – gerade wenn die schon vorhandenen an die Grenze der Bedarfssättigung zu stoßen beginnen“⁸⁾. Obwohl auf längere Sicht diese Feststellung ohne Zweifel richtig ist, gibt es jedoch mittelfristig gesehen in dieser Hinsicht keinen Automatismus. Die Innovationslücke ist eine Tatsache; von Innovator hängt aber beides ab: sowohl neue Produkte als auch neue Technologien, die es auch unter erschwerten Produktionsbedingungen ermöglichen neue Projekte profitabel zu realisieren.

Es ist jedoch kein Zufall, daß der Zuwachs der Produktivität des Kapitalstocks in der Bundesrepublik eine stark sinkende Tendenz aufweist, und zwar⁹⁾:

1951–1955	0,581
1956–1960	0,329
1961–1965	0,228
1966–1970	0,242
1971–1975	0,087

Richtig und wichtig ist die Feststellung von Fels „Ob in Zukunft die Nachfrage überhaupt ausreichend sein wird, hängt in hohem Maße davon ab ob von der Angebotsseite genügend Impulse ausgehen“¹⁰⁾. Gleichzeitig sollte man aber diese Feststellung dahingehend ergänzen, daß die Erweiterung des Angebots von einem ausreichender Wachstum der Kaufkraft der Bevölkerung begleitet werden muß. Nur dann könnte der vielmals beschworene „sich selbst tragende Aufschwung“ gesichert und die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Leider hat „Der Spiegel“ rech mit der Behauptung, daß keiner „aus Mitleid mit Arbeitslosen“ investiere. Richtig ist aber auch daß keiner investiert, wenn die Nachfrage fehlt.

9) In Preisen von 1962; zu den Basiszahlen vgl. Hans G. Ogris: Geldentwertung und Produktivvermögen, Institut der Deutschen Wirtschaft, Beiträge Nr. 24, Köln 1975, S. 8.

10) Gerhard Fels, a. a. O.